

Presseinformation

Handynutzer schützen ihre Geräte besser

- **Fast drei Viertel verwenden Sicherheitsabfrage bei Tastensperre**
- **Jüngere legen besonderen Wert auf Sicherheit**

Berlin, 17. Oktober 2014

Viele Nutzer von Mobiltelefonen schützen ihre Geräte sehr viel besser vor unbefugten Zugriffen als noch vor zwei Jahren. Knapp drei Viertel der Handynutzer (72 Prozent) verwenden Sicherheitsmechanismen wie Passwort-, Muster- oder Codeabfragen nach kurzen Nutzungspausen. 2012 hatte erst jeder Dritte (33 Prozent) eine solche zusätzliche Abfrage aktiviert. Das ergab eine aktuelle Umfrage im Auftrag des Hightech-Verbands BITKOM. „Handynutzer unter 30 Jahren verhalten sich besonders sicherheitsbewusst“, sagt BITKOM-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. Vier von fünf Nutzern (80 Prozent) dieser Altersgruppe verwenden kurze Sicherheitsabfragen, um die Tastensperre aufzuheben.

Beim Einschalten eines Mobiltelefons ist eine PIN zur Freigabe der SIM-Karte Pflicht. Auch eine automatische Tastensperre wird oft eingesetzt. Damit das Handy wirklich gesichert wird, sind aber weitere Vorkehrungen nötig, insbesondere eine weitere Abfrage nach dem Lösen der Tastensperre. Mit solchen Codes oder Mustern werden die Geräte automatisch vor unbefugtem Zugriff geschützt, wenn sie für einige Minuten nicht aktiviert wurden. Ein Viertel (24 Prozent) aller Handy-Nutzer verzichtet nach eigenen Angaben allerdings noch immer auf diese ebenso einfache wie wirksame Sicherheitsmaßnahme. „Kommt das Handy abhanden, muss der Dieb oder Finder nur die SIM-Karte wechseln und schon hat er freien Zugriff auf alle Daten“, kommentiert Rohleder diese Nachlässigkeit.

Solche Abfragen sollten vor allem bei Smartphones sowie Diensthandys Pflicht sein. Der Verlust eines Geschäftstelefon kann für Unternehmen besonders schwerwiegende Konsequenzen haben. Auf Smartphones sind häufig sensible berufliche und private Informationen gespeichert: angefangen bei dienstlichen E-Mails mit Anhängen über Adressbücher bis hin zu Anwendungen, die den Zugriff auf das Unternehmensnetzwerk ermöglichen. Rohleder: „Unternehmen sollten die Diensthandys standardmäßig so einstellen, dass die Mitarbeiter ihre Kennwörter

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
Tel. +49.30.27576-0
Fax +49.30.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner

Marc Thylmann
Pressesprecher
Tel. +49.30.27576-111
m.thylmann@bitkom.org

Marc Fliehe
Bereichsleiter Sicherheit
Tel. +49.30.27576-242
m.fliehe@bitkom.org

Präsident

Prof. Dieter Kempf

Hauptgeschäftsführer

Dr. Bernhard Rohleder

Presseinformation

Handynutzer schützen ihre Geräte besser

Seite 2

regelmäßig ändern müssen. Zudem sollte es Vorgaben zur Mindestlänge und dem Schwierigkeitsgrad des Passworts geben.“

Die Angaben basieren auf einer repräsentativen Umfrage, die [Bitkom Research](#) in Zusammenarbeit mit Aris Umfrageforschung durchgeführt hat. Dabei wurden im August 2014 1.300 Personen ab 14 Jahren befragt. Die Angaben für das Jahr 2012 basieren auf einer repräsentativen Erhebung von Forsa für den BITKOM, bei der damals 1.007 Personen ab 14 Jahren befragt wurden.

BITKOM vertritt mehr als 2.200 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.400 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Milliarden Euro und stehen für Exporte von weiteren 50 Milliarden Euro. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 200 Start-ups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Hardware oder Consumer Electronics her, sind im Bereich der digitalen Medien oder der Netzwirtschaft tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. Mehr als drei Viertel der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils knapp 10 Prozent kommen aus sonstigen Ländern der EU und den USA, 5 Prozent aus anderen Regionen. BITKOM setzt sich insbesondere für eine innovative Wirtschaftspolitik, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine zukunftsorientierte Netzpolitik ein.